



Zukunft
KlimaSozial

Institut für Klimasozialpolitik

Eine sozial gerechte und klimaneutrale Zukunft sichern

11 Thesen für eine Klimasozialpolitik

Kurzfassung

Brigitte Knopf, Ines Verspohl, Astrid Schaffert, Marie-Louise Zeller

Impressum

Herausgeber:
Zukunft **KlimaSozial**

vertreten durch:
Dr. Brigitte Knopf, Direktorin
Dr. Ines Verspohl, Leiterin Sozialpolitik

Zukunft **KlimaSozial** ZKS gGmbH
Martin-Luther-Straße 8
10777 Berlin | Germany

www.zukunft-klimasozial.de
E-Mail: kontakt@zukunft-klimasozial.de

Copyright © Juni 2024, Zukunft **KlimaSozial**

Vorwort

Die Transformation unseres Lebens und Wirtschaftens zur Klimaneutralität geht in eine neue Phase. Bisher hat sich die Klimapolitik in Deutschland vor allem auf den Energiesektor und die Industrie konzentriert. Doch das ändert sich. Alle Sektoren müssen dazu beitragen, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2045 auf null zu senken. Der notwendige Umbau bei Gebäuden und der Umstieg im Verkehr betrifft die privaten Haushalte direkt, ebenso die Veränderungen in den Bereichen Ernährung, Gesundheit und Soziales. Es geht nicht mehr nur um ein paar tausend Unternehmen, die dem europäischen Emissionshandel unterliegen, sondern um rund 84 Millionen Menschen und rund 40 Millionen Haushalte in Deutschland. Damit rücken die Verteilungsfragen und eine sozial gerechte Transformation stärker in den Fokus.

Im politischen Diskurs werden effektive Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit immer wieder als Gegensätze dargestellt. Doch dieses Denken führt in die falsche Richtung, denn Klimaschutz und Gerechtigkeit gehören zusammen. Dabei dürfen Fortschritte in dem einem Bereich nicht zu Rückschritten im anderen führen. Klimapolitik kann nicht die bessere Sozialpolitik sein und darf auch nicht mit diesem Anspruch überfrachtet werden. Klimapolitik ist dem Ziel verpflichtet, Emissionen zu vermeiden. Aber Klimapolitik kann nicht mehr getrennt von Sozialpolitik gedacht werden. Sozialpolitik soll Armut und Ungleichheit reduzieren, Lebensrisiken absichern und den sozialen Zusammenhalt fördern. Sozialpolitik darf aber wiederum keine negativen Auswirkungen auf Klimaschutz haben.

Das ist Ausgangspunkt und Motivation von *Zukunft KlimaSozial*, um eine Klimasozialpolitik zu entwickeln. Für uns bedeutet Klimasozialpolitik zum einen, die sozialen Auswirkungen der Klimapolitik und die Klimawirkungen der Sozialpolitik zu analysieren. Darüber hinaus denken wir dabei Klima und Soziales in den relevanten Lebensbereichen zusammen. Diese umfassen neben Wohnen, Energie und Mobilität unter anderem auch Gesundheit, Arbeit oder Teilhabe.

Die vorliegenden Thesen beschreiben Eckpfeiler einer sozial gerechten und zukunftsorientierten Klimasozialpolitik für Deutschland. Selbstverständlich geht die Frage der Gerechtigkeit im Klimawandel über nationale Grenzen hinaus und hat eine globale Dimension. Um konkrete Handlungsoptionen aufzeigen zu können, konzentrieren wir uns jedoch auf die spezifisch deutsche Situation. Im Mittelpunkt steht dabei für uns die Perspektive der privaten Haushalte und die Frage, wie ihnen eine positive Teilhabe an der Transformation ermöglicht werden kann.

Die Thesen sollen Denkanstöße liefern und Ausgangspunkt für eine Diskussion zur Entwicklung einer Klimasozialpolitik sein. Diese wollen wir gemeinsam mit anderen führen und laden alle herzlich dazu ein.

Eine sozial gerechte und klimaneutrale Zukunft sichern – 11 Thesen für eine Klimasozialpolitik



Problem- beschreibung

- These 1 Soziale Gerechtigkeit hat viele Dimensionen
- These 2 Reiche tragen mehr zur Klimakrise bei
- These 3 Ärmere leiden stärker unter den Klimafolgen
- These 4 Die bisherige Klimapolitik hatte eine soziale Schieflage

Potenziale

- These 5 Soziale Klimapolitik schafft Chancen für alle
- These 6 Sozialpolitik kann Klimaschutz
- These 7 Die EU liefert wichtige Impulse für eine klimasoziale Zukunft

Lösungs- optionen

- These 8 Klimapolitische Maßnahmen brauchen einen Sozialcheck
- These 9 Vier Säulen ermöglichen eine sozial gerechte Transformation:
Infrastruktur, Förderung, Ordnungsrecht, Klimageld
- These 10 Ein moderner Sozialstaat stärkt die Klimasozialpolitik
- These 11 Eine Klimasoziale Marktwirtschaft ist notwendig

These 1: Soziale Gerechtigkeit hat viele Dimensionen

Soziale Gerechtigkeit hängt von unterschiedlichen Wertvorstellungen ab und braucht daher auch in der Klimapolitik politische und gesellschaftliche Debatten. Neben der Einkommens- und Vermögensverteilung sind auch Arbeit, Gesundheit, Zugang zum öffentlichen Raum und politische Teilhabe entscheidende Dimensionen, wenn es darum geht, wer wie vom Klimawandel betroffen ist, wer wie viel dazu beiträgt oder welche Auswirkungen die Transformation auf die Menschen haben wird. Hinzu kommen sozialstrukturelle (Geschlecht, Migrationshintergrund), räumliche (Stadt-Land, Ost-West) und zeitliche (Generationen) Kategorien.

These 2: Reiche tragen mehr zur Klimakrise bei

Je reicher Menschen sind, desto mehr klimaschädliche Emissionen verursachen sie. Dies gilt insbesondere in den Bereichen Mobilität, Gebäude und Konsum. Die unteren Einkommensdeziele haben ihre Emissionen relativ betrachtet bereits stärker reduziert als die oberen Einkommenschichten, obwohl letztere mehr Möglichkeiten hätten, sich klimagerecht zu verhalten. Daher reichen moralische Appelle an das Individuum nicht aus, es braucht einen gesetzlichen Rahmen auf dem Weg zur Klimaneutralität.

These 3: Ärmere leiden stärker unter den Klimafolgen

Die Klimakrise hat sowohl gesundheitliche als auch materielle Folgen, die ungleich verteilt sind. Die Auswirkungen hängen von strukturellen und individuellen Faktoren, wie dem Wohnort, den finanziellen Ressourcen und der Gesundheit, ab. Benachteiligte und ärmere Bevölkerungsgruppen leiden stärker unter Hitze, Luftverschmutzung und Extremwetterereignissen. Letztere können die Funktionsfähigkeit der Gesundheitsversorgung und öffentlichen Ordnung stark beeinträchtigen. Steigende Kosten für die Anpassung an den Klimawandel werden die gesamte Gesellschaft belasten. Auf der anderen Seite reduziert jeder Euro, der jetzt in die Anpassung investiert wird, später die Schadenskosten.

These 4: Die bisherige Klimapolitik hatte eine soziale Schieflage

Die bisherige Klimapolitik hat sich vor allem auf die Bepreisung von Energie und CO₂ sowie auf finanzielle Förderungen konzentriert, was zu einem deutlichen Rückgang der Emissionen geführt hat. Die verschiedenen Formen der Bepreisung und der Umlagefinanzierung wirken jedoch wie Konsumsteuern und benachteiligen durch ihre regressive Verteilungswirkung relativ betrachtet die Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen. Ausgleichende Maßnahmen wurden kaum eingeführt. Von den finanziellen Förderungen profitierten vor allem finanzstarke Haushalte. Insgesamt war die bisherige Klimapolitik sozial unausgewogen.

These 5: Soziale Klimapolitik schafft Chancen für alle

Eine sozial gerechte Transformation zur Klimaneutralität bremst perspektivisch die Klimakrise und reduziert die Gefahr für Extremwetterereignisse. Sie verhindert damit menschliches Leid und Zerstörung. Ambitionierte Klimapolitik kann sich positiv auf die Gesundheit auswirken und Todesfälle verhindern, indem sie etwa die Luftqualität verbessert und eine aktive Mobilität und gesunde Ernährung fördert. Darüber hinaus verbessert die Stärkung sozialer Aspekte im Klimaschutz, vor allem in der Verkehrs- oder Gebäudepolitik, die Teilhabemöglichkeiten und die Lebensqualität vieler Menschen. Sozial gestaltete Klimapolitik bietet somit vielfältige Chancen, gerade auch für einkommensärmere und vulnerable Personen. Klimaschutz wirkt in mehrfacher Hinsicht präventiv, gesundheits- und teilhabefördernd.

These 6: Sozialpolitik kann Klimaschutz

Bisherige Diskussionen betrachten hauptsächlich die sozialen Auswirkungen der Klimapolitik, während die Klimaeffekte der Sozialpolitik oft vernachlässigt werden. Klima- und Sozialpolitik integriert zu denken, bedeutet hingegen, Sozialleistungen so zu gestalten, dass sie klimaneutral werden, ohne dabei an Qualität zu verlieren. Dies betrifft zum einen die Infrastruktur sozialer Dienstleistungen wie Krankenhäuser, Pflegedienste oder Kindertagesstätten. Zum anderen bietet auch deren Organisation das Potenzial, sozial- und klimapolitische Ziele gemeinsam zu erreichen.

These 7: Die EU liefert wichtige Impulse für eine klimasoziale Zukunft

Mit dem europäischen Green Deal hat sich die Europäische Union zu einer ambitionierten Klimaschutz-Agenda verpflichtet. Ein Grundprinzip des Green Deal ist, niemanden zurückzulassen („Leave no one behind“). Dieser Grundsatz ist sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch zwischen ihnen wichtig. Mit strengeren Vorgaben zur Verwendung der Mittel aus der CO₂-Bepreisung, der Einrichtung des Klimasozialfonds und durch Berichtspflichten setzt die Europäische Union wichtige Impulse für eine sozialere Klimapolitik auch in Deutschland. Diese gilt es nun aktiv aufzugreifen. In der Amtszeit der neuen EU-Kommission muss es darüber hinaus gelingen, die Chancen der Transformation für die Menschen aufzuzeigen und konkret erfahrbar zu machen.

These 8: Klimaschutzmaßnahmen brauchen einen Sozialcheck

Jede klimapolitische Maßnahme, sei es ein Verbot, eine Subvention oder eine Steuer, hat Verteilungswirkungen in verschiedenen Gerechtigkeitsdimensionen. Diese müssen genau analysiert werden, auch die Spreizung innerhalb bestimmter Gruppen oder Einkommensdezeile. Jede klimapolitische Maßnahme sollte daher vor ihrer Einführung einem Sozialcheck unterzogen werden. Darüber hinaus sollten alle klimapolitischen Maßnahmen regelmäßig auf ihre sozialen Auswirkungen hin überprüft werden. Für einen integrierten Sozialcheck und das Monitoring der Fortschritte sind aussagekräftige Indikatoren und eine gute Datenbasis erforderlich.

These 9:

Vier Säulen ermöglichen eine sozial gerechte Transformation: Infrastruktur, Förderung, Ordnungsrecht, Klimageld

Für die Gestaltung einer sozial gerechten Transformation ist es entscheidend, dass niemand von steigenden Kosten und Anforderungen überfordert wird. Vielmehr sollen möglichst alle an der Transformation teilhaben können. Die vier tragenden Säulen einer sozial gerechten Transformation sind der Ausbau der klimaschonenden öffentlichen Infrastruktur und Daseinsfürsorge, die gezielte Förderung des Umstiegs für untere und mittlere Einkommen, das Ordnungsrecht und die Rückerstattung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung in Form eines Klimageldes. Ein Stufenmodell ermöglicht, dass sich der Charakter des Klimagelds über die Zeit verändert, von einem Pro-Kopf-Klimageld hin zu einem sozial differenzierten Klimageld.

These 10: Ein moderner Sozialstaat stärkt die Klimasozialpolitik

Um Fördermittel oder auch das Klimageld sozial staffeln zu können, braucht es Informationen zum Haushaltseinkommen. Müssen die Bürgerinnen und Bürger ihr Einkommen selbst nachweisen, ist davon auszugehen, dass viele – vor allem aus bildungsfernen Haushalten – die Unterstützung nicht erhalten. Um diesen Effekt zu vermeiden, sollten in einem modernen Sozialstaat die Daten und digitalen Strukturen der Finanzverwaltung genutzt werden. Dies würde eine bürokratiearme, moderne und bürgerfreundliche Verwaltung ermöglichen.

These 11: Eine Klimasoziale Marktwirtschaft ist notwendig

Die Soziale Marktwirtschaft muss sich neuen Herausforderungen stellen. Neben der Bewältigung des Klimawandels stehen ein tiefgreifender demografischer Wandel, die Digitalisierung der Arbeitswelt sowie geopolitische Veränderungen bevor. Die Frage nach der Finanzierung wird dadurch immer drängender. Auf dem Weg zur Klimaneutralität braucht die Soziale Marktwirtschaft daher eine klimasoziale Erneuerung. Eine neue Vision der Klimasozialen Marktwirtschaft befriedet Klimaschutz, wirtschaftliche Freiheit und soziale Sicherheit.

Unser Leitbild

Unsere Vision ist eine klimaneutrale und sozial gerechte Zukunft. Das bedeutet Wohlergehen und Teilhabe für alle.

Wir tragen mit Expertise, Ideen und Konzepten zum Gelingen bei. Dabei denken wir Klima- und Sozialpolitik von Anfang an zusammen und entwickeln neue Lösungsansätze.

Wir arbeiten evidenzbasiert, zeigen verschiedene Optionen auf und bringen diese in den gesellschaftlichen Dialog ein.

